

27/2008

2.12.2008

Leibniz-Gemeinschaft stellt Weichen für die Zukunft

Magdeburg/Berlin – Die Leibniz-Gemeinschaft hat bei ihrer Jahrestagung in Magdeburg am vergangenen Freitag entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen und fünf neue Mitglieder aufgenommen sowie zwei weitere Forschungseinrichtungen assoziiert. Die nach Anzahl ihrer Institute größte außeruniversitäre Wissenschaftsorganisation Deutschlands wird demnach ab Ende 2009 von einem hauptamtlichen Präsidenten bzw. einer hauptamtlichen Präsidentin geführt werden. Außerdem hat sich die Leibniz-Gemeinschaft in Form einer Selbstverpflichtung als erste der großen deutschen außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen zu den inhaltlichen Zielen der „forschungsorientierten Gleichstellungsstandards“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bekannt.

Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft Prof. Dr. Ernst Th. Rietschel wertet den Verlauf der Jahrestagung als Meilenstein in der Entwicklung der Wissenschaftsorganisation. „Mit den in Magdeburg gefassten Beschlüssen und der einhelligen Unterstützung unserer Strategie für die kommenden Jahre wird die Leibniz-Gemeinschaft ihrer gewachsenen Rolle im deutschen und europäischen Wissenschaftssystem gerecht“, sagt Ernst Rietschel.

So beschlossen die derzeit 82 Mitgliedseinrichtungen, dass mit Ende des Ablaufs der zweiten Amtsperiode des derzeitigen Leibniz-Präsidenten das Amt künftig hauptamtlich ausgeübt werden soll. Die bisherige Regelung, dass die Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft neben- oder ehrenamtlich arbeiten, wird den Anforderungen an Amt und Amtsinhaber seit längerem nicht mehr gerecht. Eine Findungskommission wird sich in den kommenden Monaten mit der Identifizierung möglicher Personen beschäftigen. Dabei sollen neben Präsidium und Senat auch die Fachsektionen der Leibniz-Gemeinschaft beteiligt werden.

Zur weiteren und effektiveren Förderung von Frauen in der Wissenschaft haben sich die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft zudem einmütig zu den inhaltlichen Punkten der „Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards“ der DFG bekannt. Die Leibniz-Institute verpflichten sich damit, zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft strukturelle und personelle Standards zu erfüllen. Bei der Mitgliederversammlung der DFG im Sommer hatten die außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen die Gleichstellungsstandards aus formalen Gründen nicht unterzeichnet. Die Leibniz-Einrichtungen verpflichten sich nun, in ihren Instituten die Standards umzusetzen und im Frühjahr 2011 zu den Fortschritten an das Leibniz-Präsidium zu berichten. Als gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Einrichtungen seien die Institute der Leibniz-Gemeinschaft der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) und nicht der DFG gegenüber rechenschaftspflichtig, erläuterte Rietschel nochmals die Gründe der ursprünglichen Ablehnung. Als wissenschaftlich und rechtlich selbstständige Einheiten könnten sie nur durch Mehrheitsbeschluss der Leibniz-Mitgliederversammlung eine Selbstverpflichtung dieser Art aussprechen. „Ich freue mich, dass wir nun endlich die formalen Hindernisse beseitigt haben, um uns auch offiziell zu den Gleichstellungsstandards zu bekennen, für die wir inhaltlich schon lange gekämpft haben“, resümierte Rietschel nach der Abstimmung.

Der Wortlaut der DFG-Gleichstellungsstandards ist online verfügbar unter: www.dfg.de/chancengleichheit

Einstimmung hat die Mitgliederversammlung mit Wirkung zum 1. Januar 2009 fünf Institute als Vollmitglieder aufgenommen. Es sind dies das Deutsche Rheuma-Forschungszentrum Berlin (DRFZ), die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/Main, das Zentrum für Marine Tropenökologie an der Universität Bremen (ZMT), das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V. (ZZF) und das Berliner Museum für Naturkunde (MfN). Letzteres wird ab 1. Januar den Namen „Museum für Naturkunde – Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin“ tragen.

Als neue assoziierte Mitglieder nahm die Leibniz-Gemeinschaft mit sofortiger Wirkung das ILS-Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH aus Dortmund in die wirtschafts-, sozial- und raumwissenschaftliche Sektion B und das Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) in die lebenswissenschaftliche Sektion C auf. Assoziierte Mitglieder sind Institute, die das inhaltliche Profil der wissenschaftlichen Sektionen der Leibniz-Gemeinschaft sinnvoll ergänzen, aber (noch) nicht im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern finanziert werden.

Das Brüssel-Büro der Leibniz-Gemeinschaft wird für weitere sieben Jahre mit einer Grundausrüstung von drei Vollzeitstellen weitergeführt. Die Mitgliedseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft waren in großer Einmütigkeit davon überzeugt, dass die erfolgreiche Arbeit des EU-Büros in den vergangenen Jahren eine lohnenswerte und zukünftig unverzichtbare Ergänzung zu den EU-Aktivitäten der einzelnen Institute darstellt. Das Büro wird eventuell durch Fachreferenten der einzelnen wissenschaftlichen Sektionen der Leibniz-Gemeinschaft personell weiter aufgestockt.

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Bernhard Müller bleibt für eine weitere Amtszeit von zwei Jahren einer von zwei wissenschaftlichen Vizepräsidenten der Leibniz-Gemeinschaft. Der 56-jährige Raumplaner und Geograf leitet seit 1997 das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden. Müller ist Inhaber des Lehrstuhls für Raumentwicklung der Technischen Universität Dresden und darüber hinaus u. a. Gründungsdirektor des Dresden Flood Research Center, das 2003 als Reaktion auf das verheerende Augusthochwasser in Ostdeutschland zum Zweck eines integrierten Hochwasserrisikomanagements ins Leben gerufen wurde.

Medien-Kontakt

Josef Zens
Schützenstraße 6a
10117 Berlin
Tel.: + 49 (0) 30 20 60 49-42
Fax: + 49 (0) 30 20 60 49-55
E-Mail: zens@leibniz-gemeinschaft.de
www.leibniz-gemeinschaft.de

Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören 82 außeruniversitäre Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen für die Wissenschaft sowie acht assoziierte Mitglieder. Leibniz-Institute bearbeiten gesamtgesellschaftlich relevante Fragestellungen strategisch und themen-orientiert. Dabei bedienen sie sich verschiedener Forschungstypen wie Grundlagen-, Groß- und anwendungsorientierter Forschung. Sie legen neben der Forschung großen Wert auf wissenschaftliche Dienstleistungen sowie Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Die Institute beschäftigen rund 14.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sie werden gemeinsam von Bund und Ländern finanziert. Ihr Gesamtetat beträgt etwa 1,1 Milliarden Euro, wovon ca. 230 Millionen Euro aus Drittmitteln stammen.